

Das mag ja alles sein. Ich würde nie bestreiten, dass hinsichtlich der Regionalisierungsmittel gut verhandelt worden ist, nachdem man zu früherer Zeit auch schon einmal ganz schön schlecht verhandelt hatte.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir sind noch immer nicht beim Königsteiner Schlüssel.

Dies und das andere Engagement hat aber nichts mit den Dingen zu tun, die das Land originär machen kann und machen muss. Warum gerade eine rot-grüne Regierung so wenig für Radwege getan hat, ist mir nicht erklärlich.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

– Hör doch mal zu. – Warum man nicht 700.000 Euro für einen Gleisanschluss investiert hat, um mit eigenem Geld 12.000 Lkws von der Straße zu kriegen, ist mir nicht erklärlich.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das ist ein Programm, das auf Kreditfinanzierung umgestellt worden ist.

Um Landesstraßen in Schuss zu bringen, brauche ich nicht nach Berlin zu fahren. Dafür muss ich Haushaltsmittel einstellen. Wir tun das jetzt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Warum man die Chancen der Digitalisierung für die Mobilität nicht erkannt hat, ist mir auch nicht erklärlich. Wir machen das jetzt.

Insofern kann man an der einen oder anderen Stelle durchaus politische Wertungsunterschiede erkennen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4409, den Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 09 in der zweiten Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen.**

Nun rufe ich auf:

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/4410 hin.

Wir beginnen mit:

a) Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz

Als erstem Redner erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dankbar dafür, dass ich gerade beim Thema „Verkehr“ anwesend war. Wir haben eben erlebt, dass Herr Wüst die Luftreinhaltepolitik als totes Huhn bezeichnet hat. Das ist also die Einschätzung der Landesregierung, wenn es um Luftreinhaltung in Nordrhein-Westfalen geht. Es ist ein totes Huhn, über den Gesundheitsschutz der Menschen zu sprechen.

(Beifall von der SPD)

Das wirft auch einen Schatten auf seine Kabinettskollegin, die Umweltministerin, die danebensitzt und sich so etwas anhören muss.

Wir sprechen über den Einzelplan 10 des Haushalts. Wenn wir die letzten Monate Revue passieren lassen, denken wir an den Jahrhundertsommer 2018, der sicherlich vielen Menschen in Erinnerung bleibt – mit viel Sonne, viel Wärme und tropischen Nächten, aber auch mit Waldbränden, Dürre und Ernteauffällen sowie mit vielen Schäden, für die wir langfristige Lösungen finden müssen.

Ich nenne hier beispielhaft den Borkenkäfer und den niedrigen Pegel des Rheins. Mittlerweile haben wir das Gefühl, vom einen Ufer des Rheins zum anderen Ufer laufen zu können. Auch die Talsperren im Land Nordrhein-Westfalen sind leer.

Wir sind im Jahr 2018 mit Wetterextremen konfrontiert worden, die bestimmt keine Ausnahme bleiben werden. Unsere Aufgabe im Rahmen dieses Einzelplans muss es also sein – schließlich haben wir nun einmal keinen Wettergott –,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Sie sind doch gläubig!)

die Lebensqualität der Menschen zu verbessern und uns klar diesen Aufgaben zu stellen.

Wir sehen bei der Mitte-rechts-Koalition leider nicht, dass agiert wird, sondern nur, dass auf die Problemfälle reagiert wird, die durch den Klimawandel und

viele andere Problemlagen in der Umwelt entstanden sind.

Wo sind beispielsweise die Mittel zur Unterstützung der Kommunen bei der Reduzierung der Hitzebelastung? Wo sind runde Tische zu diesem Thema? Wir haben dazu einen Antrag gestellt. Hitzeinseln bleiben kein Phänomen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben in diesem Jahr oft bei weit über 30 Grad Celsius in ihren Wohnungen gesessen und hätten sich gerade nachts eine Abkühlung gewünscht. Die Tatsache, dass Sie dann unseren Antrag ablehnen, in dem wir Simulationsstudien insbesondere für das Ruhrgebiet einfordern, spricht Bände. Auch zur Dachbegrünung herrscht Schweigen im Walde.

Zum Thema „Luft“: Gerade haben wir gehört, wie der Kollege Wüst die Luftreinhaltung in NRW bewertet. Während der letzten Plenarrunde haben wir noch erlebt, dass nach Köln und Bonn auch für Essen und Gelsenkirchen Entscheidungen in Sachen Fahrverbote gefallen sind. Diese Frage hat die Verwaltungsgerichte beschäftigt. Nun sind auch Autobahnabschnitte betroffen.

Im Haushalt erkennt man nach wie vor kein Engagement in Richtung Nachrüstung auf Bundesebene. Es gibt auch keine Taskforce Luftreinhaltung. Ich hatte damals ausgeführt, dass man sich sehr wohl um Rotwild kümmert, aber eine Taskforce Luftreinhaltung bislang Fehlanzeige bleibt.

Was Biodiversität und Insektensterben betrifft, wissen wir, dass die Menschen gerade in diesem Jahr besonders emotional von dem berührt waren, was in unserer Umwelt vorgeht. Im Haushalt sind nun auch noch Kürzungen in Höhe von 50.000 Euro bei den Kleingärtnern vorgesehen, die den Insektenschutz betreffen.

Bezogen auf den Haushalt – das sind auch die Ausführungen der Ministerin – wird viel von Dialog und Kooperation gesprochen. Irgendwann muss man aber auch Farbe bekennen. Was ist mit Gewässerreinigung? Was ist mit Luftreinhaltung? Im Dialogprozess muss irgendwann ein Ziel erkennbar sein. Wie in vielen anderen Haushaltsbereichen erleben wir auch hier: Der Dialog allein trägt keine Regierungspolitik und ersetzt keinen Kompass. Ihnen fehlt der Kompass im Bereich Nachhaltigkeit und Umweltpolitik vollständig.

(Beifall von der SPD)

Frau Heinen-Esser, nachdem wir eine Ministerin hatten, die sich sehr stark um die Belange der Landwirtschaft gekümmert und viele Teile der Bevölkerung ausgegrenzt hat, haben wir gehofft, dass das langsam zu Ende geht. Leider stellen wir aber fest, dass hier nach wie vor, zum Beispiel beim Jagdgesetz und bei der Düngeverordnung, Klientelpolitik betrieben wird. Das reicht nicht für ein Bundesland mit einer so

breit aufgestellten Gesellschaft und bei so breit gefächerten Fragen.

Für uns Sozialdemokraten definiert sich Umweltpolitik ganz klar dadurch, dass wir die Grenzen der Ressourcen erkennen und Umweltgerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen. Es geht nicht darum, eine Elitemweltpolitik zu machen. Gesundheitsschutz muss – gerade im Bereich der Luftreinhaltung – jeden interessieren und ist für uns ein ganz entscheidender Punkt.

Umweltpolitik muss zudem ganz konkret vor Ort organisiert werden. Das Beispiel der Hitzeinseln habe ich bereits erwähnt.

Von dem fehlenden Kompass habe ich auch schon gesprochen. Deswegen können wir dem Einzelplan 10 dieser Mitte-rechts-Koalition so nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die CDU spricht nun die Kollegin Winkelmann.

Bianca Winkelmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer in unserem schönen Bundesland unterwegs ist, kann bekanntlich ganz unterschiedliche Regionen erleben – von fruchtbaren Äckern und grünen Wiesen im Münsterland und in Ostwestfalen-Lippe über weite Wälder im Sauerland bis hin zu großen Industrieparks im Ruhrgebiet. Nordrhein-Westfalen ist groß, es ist vielfältig, und es ist ebenso Agrarland wie auch eine der wichtigsten Industrieregionen Europas.

All dies in Einklang zu bringen, darum geht es auch heute beim Einzelplan 10 der Haushaltsberatungen. Es geht insbesondere um die Frage, wie wir unser Bundesland als Standort mit wettbewerbsfähiger Land-, Forst- und Umweltwirtschaft aufstellen und zugleich der Natur Räume zur Entfaltung gewähren, auch als Erholungsraum für die fast 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Zu den vielfältigen Aufgabenbereichen des Ministeriums gehören der Verbraucherschutz ebenso wie der Naturschutz, der Gewässerschutz, die Unterstützung der ländlichen Räume und viele weitere wichtige Aufgabenbereiche.

Im Einzelplan 10 wurde der Ausgabenansatz gegenüber dem Haushalt 2018 um 17,5 Millionen Euro erhöht. Das ist gut so; denn es stecken viele entscheidende Details in diesem Haushalt. Auf einige möchte ich in der gebotenen Kürze eingehen.

Da sind beispielsweise die Biologischen Stationen im Land, deren Kernaufgabe die Betreuung bestehender Schutzgebiete ist. Umweltbildung und Monitoring

sowie Kooperation mit der Gesellschaft und der Landwirtschaft gehören ebenso dazu.

Im Kapitel 10 030 finden wir in der Titelgruppe 82 insgesamt fast 36 Millionen Euro für den Naturschutz und die Landschaftspflege sowie für weitere Kooperationsprojekte. Das sind für die CDU wichtige Mittel an der richtigen Stelle. Denn die Aufgaben sind ebenso vielfältig wie wertvoll und bedürfen der weiteren Unterstützung.

Leicht erhöhte Aufwendungen für den Landesbetrieb Wald und Holz und beispielsweise für EU-Programme außerhalb der GAP halten wir ebenfalls für Zustimmungswürdig.

Insgesamt liegt uns also ein Haushaltsentwurf vor, der in seiner Gesamtheit ausgewogen ist – das sehen wir sicherlich etwas anders als die Opposition –, der die vielfältigen Herausforderungen angeht und sie mit den notwendigen Finanzmitteln ausstattet.

Dafür möchte ich an dieser Stelle Ministerin Heinen-Esser und ihrem Haus einen ganz herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für uns als NRW-Koalition gibt es darüber hinaus einige weitere Bereiche, die für uns einen hohen Stellenwert haben. Sie finden in den vorliegenden Änderungsanträgen verschiedene Bereiche, die wir zusätzlich unterstützen wollen.

So beantragen wir neben der Erhöhung der Ansätze für das Sorgentelefon der Landwirte, das von immer mehr Betroffenen im Land genutzt wird, eine Erhöhung der Mittel für die Landfrauenverbände sowohl aus dem Rheinland als auch aus Westfalen für die Aktion „Woher kommt unser Essen?“. Eine Erziehung zum Umgang mit gesunden Lebensmitteln muss bei unseren Kleinsten beginnen. Hier leisten die Landfrauen wertvolle Arbeit, die wir mit einer Erhöhung der Ansätze gerne unterstützen und wertschätzen.

Eine halbe Million Euro mehr werden wir den Wasserkoperationen im Land zur Verfügung stellen. So viel zum Gewässerschutz! Der Gewässerschutz ist eine dringliche Aufgabe. Die zusätzlichen Mittel sollen kleinen Kooperationen die Möglichkeit eröffnen, für ihre Mitgliedsbetriebe sogenannte Durchflussmesser mit Stickstoffsensoren anzuschaffen. So wird eine bedarfsgerechte Stickstoffdüngung durch die Nutzung moderner Landtechnik auch für kleinere landwirtschaftliche Betriebe innerhalb von Kooperationsgebieten möglich.

Aus aktuellem Anlass werden wir eine weitere Million Euro für die Erhöhung der Mittel zur ASP-Prophylaxe zur Verfügung stellen. Das ist heute Morgen schon einmal Thema gewesen. Damit sollen zum einen Kühlcontainer im Land aufgestellt werden, die nicht nur im Seuchenfall, sondern auch schon jetzt zur

sachgerechten Lagerung von Schwarzwildstrecken dienen sollen. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen keine Abschussprämien, sondern in Kooperation mit den fleischverarbeitenden Betrieben je Kilogramm Wildschwein 1 Euro aufstocken. Wildbret ist eine schmackhafte, hochwertige Delikatesse, die es wertschätzen gilt.

Aus fast tagesaktuellem Anlass – gerade heute Morgen hat der Waldbauernverband NRW bei der traditionellen Übergabe des Weihnachtsbaumes auf die dramatische Situation unserer Wälder hingewiesen – stocken wir die Hilfe für die von Käferbefall, Sturm und Dürre betroffenen Waldbauern um ebenfalls 1 Million Euro auf.

Kurzum: Wir wollen da helfen, wo Hilfe nötig ist. Wir wollen Wirtschaft stärken und Umwelt schützen. Und wir wollen die Vielfalt in unserem Land erhalten.

Wer also Verantwortung für die Land- und Forstwirtschaft, den Verbraucher- und Naturschutz in Nordrhein-Westfalen übernehmen und darüber hinaus unsere Umwelt, unser aller Lebensraum, nicht aus den Augen verlieren will, der sollte diesem Haushaltsentwurf mit den Ihnen vorliegenden Änderungsanträgen zustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für Bündnis 90/Die Grünen erteile ich dem Abgeordnetenkollegen Rüste das Wort.

Norwich Rüste (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist der zweite Haushalt dieser neuen Landesregierung, und es ist die zweite Ministerin, die den Einzelplan 10 hier einbringt. Daher ist der Haushalt 2019 natürlich eine gute Gelegenheit, zu schauen, Frau Heinen-Esser, was Sie eventuell anders machen als Ihre Vorgängerin und wo Sie schon eigene Schwerpunkte setzen, die man im Haushalt wiederfinden kann.

Der Haushalt 2019 und auch die Beratungen dazu stehen natürlich unter dem Eindruck der Jahrhundertdürre. Wir alle haben die Trockenperiode in diesem Jahr mitbekommen. Ich hatte so etwas noch nicht erlebt. Aber ich will auch an die andere Variante im Frühjahr erinnern – das haben wir schon wieder ein bisschen aus dem Kopf heraus –, nämlich die Starkregenereignisse in Wuppertal mit den Schäden an der Universität und dem eingestürzten Dach der Tankstelle dort. Es gab also Starkregenereignisse auf der einen Seite und Dürre auf der anderen Seite.

Ich glaube, wir werden uns zukünftig an solche Ereignisse gewöhnen müssen. Das wird nach allem, was uns die Wissenschaft dazu sagt, häufiger auftreten.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

– Herr Dr. Blex, wer diese Bilder in diesem Jahr gesehen hat, kann wohl nicht mehr behaupten, das sei ein kleiner Ausrutscher der Wettergeschichte; das seien Wetterkapriolen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Doch!)

– Nein, das ist die Realität, auf die wir alle zusammen politisch reagieren müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb ist das Zitat von einem Wetterforscher an dieser Stelle auch genau richtig. Meine Damen und Herren, wir stecken mittendrin im Klimawandel.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Unsere Forderung an diesen Haushalt, an diesen Einzelplan 10, lautet, dass sich genau das darin widerspiegelt und wir sehen, dass dort Antworten mit Blick auf Klimaschutz gegeben werden. Das ist die entscheidende Herausforderung, die wir hier in allen Bereichen – Forstwirtschaft, Landwirtschaft und auch Naturschutz – haben.

An dieser Stelle gibt es einen weiteren Bereich zu betrachten – wir sind so stark von der Dürre geprägt –, nämlich den Hochwasserschutz. Das ist ein zentrales Thema. Auch Herr Deppe hat dies immer wieder thematisiert. Ich hatte angesichts Ihrer Mehreinnahmen – 6,5 Milliarden Euro – eigentlich erwartet, dass Sie im Bereich Hochwasserschutz richtig draufsateln, weil wir alle zusammen wissen: Das, was wir da machen, reicht nicht. Es muss deutlich mehr werden.

Es war schon eine kleine Enttäuschung für mich, dass Sie da nicht gesagt haben: Hier packen wir noch etwas drauf.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das, was Sie machen, will ich gar nicht kritisieren. Das kann man tun. Das sind – ich nenne es einmal so – finanzielle Pflaster, die Sie gegen akute Notfälle verteilen. Jetzt haben Sie noch 1 Million Euro im Bereich Waldschäden nachgeliefert. Das kann man machen. Das ist sicherlich kein verkehrter Schritt.

Dazu zählt auch die Dürrehilfe für die Landwirte, die Sie zusammen mit dem Bund finanzieren werden. Wir fragen uns aber, wie nachher die Umsetzung stattfinden soll. Das kann man natürlich aber erst mal machen.

Was uns aber an dieser Stelle fehlt, ist die Antwort auf die Frage, wie wir da zukünftig strategisch rangehen sollen. Wie kommen wir weg von diesen Notpflastern? Wie kommen wir hin zu einer anderen Aufstellung, wenn wir davon ausgehen, dass diese Ereignisse immer wieder stattfinden werden? Wir wollen sicherlich nicht alle zwei, drei Jahre wieder 1 Million Euro oder 2 Millionen Euro wegen Borkenkäferplagen einstellen.

(Ministerin Ursula Heinen-Esser: Nein!)

An dieser Stelle muss grundlegend etwas passieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will aber auch noch einmal deutlich sagen, was wir weiterhin kritisieren. Wir erwarten von Ihnen, Frau Heinen-Esser, dass Sie sich dem, was insbesondere Ihr Koalitionspartner immer vorantreibt – nämlich die Entfesselung der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, was in Wirklichkeit „Schleifen von Umweltstandards“ bedeutet –, entgegenstellen und klar dafür eintreten, dass Umweltstandards hier in Nordrhein-Westfalen Bestand haben.

Ich will auch an Ihren Amtsvorgänger erinnern. Der hat die Allianz für die Fläche ins Leben gerufen. Da frage ich mich schon, was eigentlich daraus geworden ist. Im Haushalt ist dazu auch eine Position enthalten – ich sage nur: AAV, Altflächenrecycling. Ich frage mich, warum dieser Betrag nicht deutlich aufgestockt worden ist. Die Summe ist viel zu klein.

Wir wissen seit Jahren, dass wir da viel mehr tun müssten. Wenn wir da richtig Geld reingeben würden, dann hätten wir eine Chance, dem Flächenverbrauch wirklich entgegenzutreten und recycelte Flächen wiederzuverwerten, damit sie nicht stillliegen, sondern tatsächlich genutzt werden.

Dann noch zum Landesentwicklungsplan. Ich will gar nicht lange darauf eingehen, was im Bereich „Siedlung“ passiert. Es ist aber aus unserer Sicht völlig unverständlich, was im Bereich „Landwirtschaft“ gemacht wird, nämlich dass den Großmastanlagen, den gewerblichen Mastanlagen wieder Tür und Tor geöffnet wird. Damit öffnen Sie wieder einer Form von Landwirtschaft die Türen, die aus unserer Sicht von der Bevölkerung abgelehnt wird, die dem Tiererschutz oder den Wünschen, die die Bevölkerung an Tierhaltung hat, überhaupt nicht entspricht, und die für erhebliche Probleme im Hinblick auf Wasser, Boden und Luft verantwortlich ist.

Wenn Sie das so lockern, wie es im LEP jetzt geschehen ist, dann zerlegen Sie die bäuerliche Landwirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen weiter. Das lehnen wir klar ab. Wir wollen das nicht. Wir wollen eine andere Landwirtschaft. Wir fordern Sie auf, ...

Präsident André Kuper: Die Redezeit.

Norwich Rübe (GRÜNE): Die Redezeit mag vorbei sein, aber ein bisschen darf ich noch.

Präsident André Kuper: Nein.

Norwich Rübe (GRÜNE): Doch.

Präsident André Kuper: Nein, Sie sind schon 40 Sekunden drüber. Die Redezeit ist so vereinbart.

Norwich Rüße (GRÜNE): Nein, sie ist anders vereinbart. Ich glaube, dass Sie das auch wissen, Herr Präsident.

Präsident André Kuper: Was meinen Sie damit?

Norwich Rüße (GRÜNE): Damit meine ich, dass das hier falsch eingestellt ist. Jahrelang galt die übliche Praxis, dass hier zehn Minuten für die beiden Teilbereiche a) und b) des Einzelplans stehen. Jeder, der hier früher geredet hat, weiß das. Der Redner hat immer selbst entschieden, wie viele Minuten er im ersten bzw. zweiten Teil spricht. Insgesamt hatte man zehn Minuten. So haben wir das immer gemacht, und so ist es auch zwischen den Fraktionen vereinbart.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, das ist für einen der vorherigen Tagespunkte so angemeldet und vereinbart worden. Mir ist diese Vereinbarung der PGs hier nicht bekannt.

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident, ich war sowieso fertig.

Präsident André Kuper: Dann machen Sie fertig.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich fordere Sie als Ministerin auf, in den nächsten Jahren in den Haushalt deutliche Eigenimpulse einzubringen. Das fehlt uns. Stärken Sie den Naturschutz; denn er ist sogar geschwächt worden, obwohl die Mittel insgesamt aufgewachsen sind. Stärken Sie den Klimaschutz und die Klimaanpassung. Stärken Sie eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft. Stärken Sie den Tierschutz hier in NRW. Und vor allem: Stärken Sie die Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen; denn meines Erachtens gibt es da ein erhebliches Defizit. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Für die FDP hat nun der Kollege Diekhoff das Wort.

Markus Diekhoff (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Rüße, Sie hätten Ihre Redezeit nicht überziehen müssen, wenn Sie nicht so lange im falschen Haushaltsplan nach den Klimaschutzpunkten gesucht hätten.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Es sollte Ihnen nicht entgangen sein, dass der Klimaschutz inzwischen in der Verantwortung des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie liegt und nicht mehr im Einzelplan 10. Daher ist dieser Vorwurf schon mal zu entkräften.

Zudem möchte ich dringend darauf hinweisen, dass wir keinerlei Umweltstandards in Nordrhein-Westfalen schleifen. Das findet nicht statt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Gegenteil: In vielen Bereichen, gerade auch beim Klimaschutz, liegen wir vor den Punkten, die Sie damals gesetzt haben.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Der Einzelplan 10 ist genau deshalb ein ausgewogener Haushaltsentwurf mit einem Mitteleinsatz, der keine Bereiche einseitig bevorzugt oder benachteiligt. Damit führt die NRW-Koalition die erfolgreiche Wende in der Umwelt-, Landwirtschafts- und Naturschutzpolitik auch im Jahr 2019 fort und setzt einige besondere Akzente, die Sie als Links-links-Regierung nie hinbekommen haben.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des soeben schon angesprochenen Abgeordnetenkollegen Rüße?

Markus Diekhoff (FDP): Jetzt nicht, danke.

Der Umweltbereich ist dabei wie kein anderer Ressort von aktuellen Herausforderungen betroffen. Bei uns als verantwortlich handelnder NRW-Koalition finden diese aktuellen, drängenden Fragen selbstverständlich auch Einzug in den Haushalt 2019.

Uns beschäftigen in diesem Jahr insbesondere drei Bereiche.

Erstens: die Luftreinhaltung. Das ist in diesem Jahr ein besonders wichtiges Thema. Nicht erst seit den verschiedenen Urteilen arbeitet die Landesregierung mit Hochdruck an diesem Thema und muss die Versäumnisse der ehemaligen rot-grünen Landesregierung aufholen. Immerhin ist seit 2010 bekannt, dass viele Städte in Nordrhein-Westfalen die Grenzwerte reißen. Rot-Grün hat dahin gehend gar nichts unternommen.

Wir stellen jetzt die zusätzlichen Mittel dafür ein, um Ihr Versagen auszubügeln und die Bürgerinnen und Bürger vor der Enteignung durch Fahrverbote zu schützen. Dazu leistet zum Beispiel das LANUV einen wichtigen Beitrag, indem es zusätzliches Geld für die Errichtung von E-Ladestationen bekommt. Außerdem wird über eine halbe Million Euro zusätzlich für die Beschaffung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge bereitgestellt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweitens: die ASP-Prävention und -Bekämpfung. Bislang ist unser Bundesland – Gott sei Dank – von der ASP verschont geblieben, aber wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen, und deshalb richten wir eine Taskforce ASP ein, damit schlagkräftig gegen die Seuche vorgegangen werden kann.

In diesem Zusammenhang sind wir unseren Jägerinnen und Jägern sehr dankbar, die im Rahmen der Prävention vermehrt Wildschweine erlegt haben und erlegen werden. Das gewonnene Wildschweinfleisch ist sehr hochwertig und muss daher unbedingt vermarktet werden. Das Entsorgen eines hochwertigen Lebensmittels kommt für uns nicht infrage, und deshalb stellen wir in diesem Kontext fast zwei Millionen Euro zusätzlich im Kampf gegen die ASP zur Verfügung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Drittens: Holzvermarktung. Aufgrund der kartellrechtlichen Vorgaben muss die indirekte Förderung beendet und auf ein direktes Fördersystem umgestellt werden. Auch diese Problematik haben wir geerbt. Sie haben sich dabei weggeduckt. Ab 2019 stellen wir 2 Millionen Euro zusätzlich ein, um vor allem die Kleinstwaldbesitzer zu unterstützen.

Im Zusammenhang mit der Forstwirtschaft werden wir auf die aktuellen Probleme, die aufgrund des Sturms Friederike sowie der extremen Trockenheit in diesem Jahr entstanden sind, reagieren und bringen im nächsten Tagesordnungspunkt sogar eine zusätzliche Initiative und weitere Mittel auf den Weg.

Im Ergebnis stellen wir mit dem Haushalt 2019 neben den wichtigen Aufgaben im laufenden Betrieb zusätzliche Mittel für die drängendsten Probleme in unserem Land zur Verfügung. Das ist vernünftige und ideologiefreie Haushaltspolitik im Umweltbereich, für die wir einstehen, und die wir so wollen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt eine Kurzintervention des Kollegen Rüsse. – Herr Rüsse, Sie sind an der Reihe.

Norwich Rüsse (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Lieber Kollege, Sie haben am Anfang dargestellt, ich hätte zum falschen Einzelplan gesprochen. Ich kann aber nichts dafür, dass Sie in Ihrem Koalitionsvertrag den gesamten Klimaschutz, der ja eine wichtige Aufgabe ist, aus dem Umweltministerium leider herausgenommen haben, dies aber so getan haben, dass der Bereich „Klimaanpassung“ noch dort verblieben ist.

Das macht auch sehr viel Sinn. Ich habe den Bereich „Hochwasserschutz“ erwähnt. Sie selbst sitzen im

Ausschuss und wissen, dass Land- und Forstwirtschaft vom Klimawandel betroffen sind und deshalb daran gearbeitet werden muss. Deswegen macht es sehr viel Sinn, dass das in diesem Ministerium thematisiert wird. In welchem Ministerium sonst sollte das geschehen?

Es war ein Riesenfehler von Ihnen, dass Sie das „K“ aus dem Ministerium herausgenommen haben. Das zeigt allenfalls, dass in NRW Klimaschutz aus einem Guss jetzt nicht mehr möglich ist.

Markus Diekhoff (FDP): Ich meine, dass Klimaschutz aus einem Guss gerade dann möglich ist, wenn man ihn mit der Wirtschaft und dem, was für das Klima relevant ist, verzahnt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wie in einer Käseglocke im Umweltbereich Klimapolitik zu machen, die dann aber in der Wirtschaft nicht gestemmt werden kann und nicht abzubilden ist, macht keinen Sinn. Man hat dann irgendwann Werte, hinter denen man ständig herrennt, und es findet sich kein Ende, wo die beiden Bereiche zusammengeführt werden und man weiterkommt.

Anpassungsmaßnahmen sind nichtsdestotrotz wichtig und im Haushalt zu finden. Am Anfang sprachen Sie davon, dass Sie Klimaschutzmittel vermissen. Ich wollte Sie nur darauf hinweisen, dass diese jetzt woanders zu finden sind und dass das der Grund dafür ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD spricht nun der Abgeordnete Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Herr Diekhoff, schade, dass Sie nun auch den großen Klimagott anbeten. Ich hätte ein bisschen mehr von Ihnen erwartet. Aber gut – zumindest geben Sie vor, ihn anzubeten.

Kein Einzelplan ist so fremdbestimmt wie der Einzelplan 10. Ausgerechnet die für unsere Heimat so essenziellen Bereiche „Landwirtschaft“ und „Naturschutz“ werden von der EU-Technokratie in hohem Maße durchkontrolliert.

(Zuruf)

– Ja genau, „oh je“. Da haben Sie recht. – Während Deutschland rund 24 Milliarden Euro in den EU-Haushalt einzahlt, bekommen wir gerade einmal 10 Milliarden Euro wieder zurück.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Oh!)

– Das finden Sie ganz toll, Herr Rüße. Das ist das deutsche Geld, das ist das Geld Ihrer Wähler, unser aller Wähler, das Sie da verschenken.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

In der überwiegenden Mehrheit der Fälle werden diese Subventionen nur dann bewilligt, wenn das Land ebenfalls in mindestens derselben Höhe Finanzmittel bereitstellt. Im Endeffekt bedeutet das ein ständiges Verlustgeschäft für Deutschland.

(Beifall von der AfD)

Aber bekanntlich dienen Politiker in den linksgrünen Reihen – leider muss man sagen, dass das bis auf die AfD alle hier sind – der EU aufgrund ihrer anti-deutschen Politik so gerne.

Die EU-Kommission hat ein Antrags- und Kontrollsystem eingerichtet, das sich zu einem bürokratischen Albtraum entwickelt hat. Da fordert die AfD, dass Deutschland die Förderung der Landwirte und der Landwirtschaft wieder in die eigenen Hände nimmt. Dies entspräche auch dem Subsidiaritätsprinzip. Überdies ist im Bereich der Landwirtschaft die Notwendigkeit einer Angleichung der Produktionsverhältnisse nicht erkennbar.

Bisher verfolgt die Laschet-Regierung den EU-hörigen Kurs unbeirrt weiter. Sie plündern Ihre Bürger und wollen ganz perfide mit kleinen EU-Geschenken eine EU-Akzeptanz erkaufen.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Blödsinn! – Zuruf von der FDP: Alles falsch!)

Allerdings ist absolut nicht erkennbar, warum eine supranationale Politorganisation die ländlichen Räume besser verstehen könnte als der Nationalstaat.

Ein Paradebeispiel für einen verfehlten EU-Marktinterventionismus ist die Milchquotierung. Wir haben keine Einwände wahrgenommen, die gegen eine verbindliche nationalstaatliche Lieferbeziehung zwischen Molkereien und Lieferanten sprechen würde. Keine!

Haben CDU und FDP in der Plenarsitzung noch lautstark dagegen argumentiert, war Frau Heinen-Esser immerhin schon etwas aufgeschlossener: Gäbe es kein Entgegenkommen der Molkereien, würde man sich für Art. 148 der Gemeinsamen Marktorganisation einsetzen. – Sieh an, das wollten wir.

Das ist aber typisch für Sie: Niemand weiß, wofür Sie eigentlich noch stehen. – Sie wahrscheinlich am allerwenigsten, vom scheinheiligen Kampf gegen die einzige Opposition im Land einmal abgesehen.

(Beifall von der AfD)

Typisch für die Laschet-Regierung ist auch, dass sie den Wählern einen dünnen konservativen Anstrich vorzugaukeln versucht. Ständig galoppiert sie los

und bleibt dann meist auf halber Strecke stehen, weil sie nicht mutig genug ist, um bis zum Ende zu reiten.

Sie erwecken beispielsweise den Anschein, als würden Sie die Petition der Weidetierhalter ernst nehmen und machen einen Blumenstrauß an Maßnahmen, gehen aber auf die Kernforderung, eine Weidetierprämie einzuführen, nicht ein. Die einzige Partei, die das hier wirklich eingebracht hat, waren wir. Und auch da sind die Grünen übrigens umgefallen. Mit unserem Antrag hätten Sie noch eine Chance gehabt, haben aber aus ideologischen Gründen gegen eine Direktzahlung gestimmt. Lieber schmieren Sie den Betroffenen Honig um den Bart.

Nächstes Beispiel: Der Deutsche Jagdverband fordert die Aufnahme des Wolfes in das Bundesjagdgesetz. Wieder galoppieren Sie los und erwecken den Anschein, als würden Sie die Position der Jäger ernst nehmen, schrecken jedoch vor der Aufnahme des Wolfes in den Wildartenkatalog im Zuge der Novelle des Jagdgesetzes zurück.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Der ortskundige Jäger muss jedoch erster Ansprechpartner sein. Heute ist wohl ein Friedhofsmitarbeiter in Niedersachsen zum ersten Mal von einem Wolf angefallen worden.

(Zuruf)

– Ich habe „wohl“ gesagt, hören Sie bitte zu. Es ist höchstwahrscheinlich wohl so gewesen. In Polen sind in diesem Sommer aber nachweislich schon zwei Kinder von Wölfen angefallen worden. Wenn es zu einem menschlichen Todesfall kommt, dann ist es für eine letale Bestandsregulierung sowieso viel zu spät.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Wölfe sind intelligente Raubtiere und finden einen Weg zu den umzäunten Tieren. Für die Nutztiere spielt sich dann ein Horrorszenario ab: Eingepfercht und ohne Fluchtwege verenden die Nutztiere qualvoll im Bluttausch des Wolfes.

Die Bilanz der Landesregierung für den Bereich Umwelt und Landwirtschaft ist aus unserer Sicht äußerst dürftig, und so ist auch der entsprechende Haushalt. – Danke schön.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der SPD)

Präsident André Kuper: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Heinen-Esser das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich

dachte immer, wenn wir über den Haushalt reden, reden wir zu Recht über die großen Linien des Haushalts. Was sind die großen Themen? Und jetzt führen wir plötzlich Debatten, die wir gleich, vor allem aber am Freitag zum Thema „Wolf“ noch haben werden.

Lassen Sie mich dazu eins vorwegnehmen: Wir haben überhaupt keinen Nachholbedarf in Sachen Wolf. Wir sind das einzige Bundesland, das bereit ist, schon Verdachtsgebiete auszuweisen, um den Weidetierhaltern zu helfen, Präventionsmaßnahmen ergreifen zu können, bevor sich der Wolf niedergelassen hat. Wir sind die Ersten und Einzigen in Deutschland, die das machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir kümmern uns um das Thema „problematische Wölfe“. Wir haben es in der Umweltministerkonferenz diskutiert, wir haben es im Bund eingebracht. Es wird vorangehen, und wir in Nordrhein-Westfalen sind dabei ganz vorne. Das dürfen Sie nicht vergessen.

Lassen Sie mich nun zum Haushaltsplanentwurf kommen. Es gibt viele Herausforderungen, die sich in unserem Haushaltsplan wiederfinden; Herausforderungen im Umwelt- und Naturschutz und in der Landwirtschaft – es ist schon vieles genannt worden.

Wir haben ein Jahr hinter uns – es ist noch nicht vorbei –, in dem der Klimawandel tatsächlich bei uns in Nordrhein-Westfalen angekommen ist. Wir hatten Starkregenereignisse und eine monatelange Dürre mit relativ hohen Temperaturen. Die Landwirte waren hier die ersten Opfer dieses Klimawandels, weil sie diejenigen sind, die mit der Natur umgehen und von der Natur leben.

Das Ergebnis ist, dass wir mit Maßnahmen helfen müssen und zu den Dürrehilfen des Bundes Mittel dazugeben, nämlich 9 Millionen Euro. Wir haben – die Frage tauchte auf – bisher ungefähr 800 Anfragen von Landwirten gehabt. Wie viele Anträge eingereicht wurden, kann ich noch nicht sagen. Die Frist läuft bis zum 14. Dezember dieses Jahres. Ich kann aber schon ankündigen, dass wir diese Frist wahrscheinlich verlängern werden, damit die Landwirte gute Chancen haben, sich damit zu befassen und das Geld tatsächlich zu bekommen.

Weitere Opfer des Klimawandels sind die Waldbauern. Es gab den Sturm Friederike, anschließend kamen Dürre und Trockenheit und dann der Borkenkäfer. Auch hier werden wir uns darauf einstellen müssen, Hilfe zu leisten. Aber diese Debatte führen wir gleich im Anschluss an die Debatte über diesen Haushalt.

Ich gebe all denen recht, die sagen – Herr Rüße, so haben Sie es, meine ich, formuliert –, dass wir nicht mit einem Notstopfen hinterherlaufen und überlegen können, wie wir den Betroffenen unter die Arme greifen können. Das geht auf gar keinen Fall. Deshalb

werden wir uns in allen Bereichen meines Ressorts damit beschäftigen, Klimaanpassungsmaßnahmen zu intensivieren.

Klimaanpassungsmaßnahmen bedeuten vor allem auch, dass wir den Landwirten helfen; beispielsweise bei Pflanzenprogrammen, die dafür sorgen, dass die Pflanzen wesentlich besser mit dem Klimawandel umgehen können und wir katastrophale Ernteergebnisse wie in diesem Jahr nicht mehr erleben müssen. Solche Maßnahmen umfassen bei den Landwirten auch Risikovorsorgemaßnahmen.

Ein ganz großes Thema bezüglich der Landwirtschaft – das wurde auch von Vorrednern schon angesprochen – ist die Nutztierhaltungsstrategie. Wir haben – meine Vorgängerin hat das noch eingerichtet – eine Arbeitsgruppe Nutztierhaltungsstrategie, in der wir uns mit Fragen dazu beschäftigen, wie wir die Tiere in Zukunft halten wollen. Der Vorteil einer solchen interdisziplinären Arbeitsgruppe ist, dass hier Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen mitarbeiten und dass wir Zielkonflikte – beispielsweise in der Offenstallhaltung zum Immissionsschutzgesetz – tatsächlich auflösen.

Das sind die Schwerpunkte im Bereich der Landwirtschaft.

Ich spreche noch kurz das Thema „Wasser“ an, haushalterisch der größte Punkt bei uns. Wir sind hier mit sehr, sehr viel Geld unterwegs. „Lebendige Gewässer“ ist beispielsweise ein Programm. Es gibt Beratungen durch die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen. Die Kollegin Winkelmann hat schon die wirklich notwendigen Wasserkooperationen angesprochen. Sie sind ein ganz zentrales Element. Außerdem ist es wichtig, den Boden vernünftig hinzubekommen und den Landwirten bei der Düngung zu helfen. Ich bin heilfroh, dass wir da mehr Geld investieren.

Jetzt würde ich eigentlich gerne noch über Luftreinhaltung sprechen. Aber wenn die Kollegen einverstanden sind, überziehe ich meine Redezeit jetzt nicht und spreche gleich über Verbraucherschutz und Luftreinhaltung. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb schließe ich die Aussprache zum Einzelplan 10 Teil a) Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz.

Ich rufe auf den Teil

b) Verbraucherschutz

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD der Abgeordnetenkollegin Frau Blask das Wort.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Manchmal ist es gut, darauf zurückzublicken, was die Landesregierung im Jahr 2017 wollte. In der letzten Haushaltsdebatte hat die damalige Ministerin Schulze Föcking noch vollmundig den Kampf gegen die Lebensmittelverschwendung in Schulen auf den Plan gesetzt.

Eine aktuelle Studie unter Beteiligung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat Ihnen da leider ein ganz schlechtes Zeugnis ausgestellt. Keine verpflichtenden Qualitätsstandards, keine gesetzlichen Regelungen auf Landesebene, keine verbindlichen Strukturen, an denen sich Caterer, aber auch Eltern orientieren können.

„Jeder macht, was er will“, lässt sich Ute Steinke von Schulverpflegung NRW in der „FAZ“ vom 13. November 2018 zitieren. Im Ergebnis bedeutet das, dass ein Viertel des Essens an den Schulen gleich im Müll landet. Da hilft es auch nicht, dass Sie im Haushalt auf die ergänzende Finanzierung durch das EU-Schulprogramm hinweisen. Es fehlen Ideen, Konzepte und konkrete Lösungsansätze für eine offensichtliche Problemlage. Das bedeutet übersetzt: Sechs, setzen!

Ein weiteres Defizit muss ich Ihnen leider auch in Sachen aufsuchender Verbraucherberatung attestieren. Wir haben dieses Programm unter der rot-grünen Landesregierung angestoßen und sind mit dem Pilotprojekt in Köln auf große Resonanz und sehr gutes Feedback gestoßen. Nun läuft das Programm aus, und es findet sich bei Ihnen keinerlei Hinweis darauf, die Verbraucherberatung im Quartier in die Fläche zu tragen und in ganz NRW zu implementieren.

Ihr Fokus auf die Digitalisierung der Verbraucherarbeit wiederum ist gut und richtig. Deshalb stimmen wir Ihrem Antrag auf Ausbringung von 150.000 Euro für die Einrichtung einer Fluggastrechte-App wie auch schon im Ausschuss zu.

Im Weiteren sprechen Sie über die Herausforderungen im Bereich des E-Commerce und durch Smart Homes, und ich höre und lese viel über Alexa, Google und Co. Das reicht aber nicht aus; denn die Herausforderungen der Verbraucherarbeit und insbesondere der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen für die Zukunft und bei der Umsetzung der Digitalisierung sind groß und erfordern besondere Anstrengungen Ihrerseits. Dazu reicht eine Fluggastrechte-App nicht aus.

Wir müssen die Verbraucherarbeit nicht nur in puncto Digitalisierung für neue Anforderungen fit machen. Wir müssen uns auch auf veränderte Bedarfe von

Konsumenten einstellen und zielgruppenorientiert arbeiten. Wir können nicht universell vom mündigen Verbraucher ausgehen. Gerade der verletzte Verbraucher verdient eine gute und umfassende Beratung. Das war auch das Ergebnis einer Fachtagung, die Sie seitens des Umweltministeriums im Rahmen des 60. Geburtstags der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen am vergangenen Montag ausgerichtet haben.

Wie es im Sinne der Verbraucher funktionieren kann, haben wir am Montag mit der Eröffnung des Klageregisters – einer Musterklage – für die Geschädigten des VW-Dieselskandals gesehen. Ihre CDU-Kolleginnen und -Kollegen aus Berlin haben Ihnen hierzu übrigens einiges voraus: Sie haben unserem Gesetz zur Musterfeststellungsklage auf Bundesebene zugestimmt, während Sie, liebe regierungstragende Fraktionen, unserem Antrag eben nicht zugestimmt haben. – Schade, denn unserer Ansicht nach war es ein guter Antrag.

Weiter geht es mit der Planlosigkeit der Landesregierung. Das Institut Creditreform hat kürzlich – schlechtes Timing nennt man das wohl – den aktuellen Schuldenatlas 2018 herausgegeben. Ich kann Ihnen sagen: Es liest sich nicht besonders angenehm für Nordrhein-Westfalen.

Ich möchte Ihnen einige Kennzahlen mit auf den Weg geben. Nordrhein-Westfalen liegt mit einer Überschuldungsquote von 11,7 % auf dem viertletzten Platz im Länderranking. In Nordrhein-Westfalen nimmt die Zahl der Überschuldungsfälle im bundesweiten Ländervergleich am stärksten zu. Im Großstadtranking sind die drei Ruhrgebietsstädte Essen, Dortmund und Duisburg bundesweit Schlusslichter hinsichtlich der Überschuldungsquote.

Wo ist Ihre Antwort auf diese alarmierenden Zahlen? Schuldnerberatung ist Verbraucherschutz – nichts, aber auch gar nichts lässt sich zu diesem Thema in Ihrem Haushalt finden. Angesichts all dieser Umstände – mein Kollege André Stinka hat es bereits gesagt – werden wir den Einzelplan 10 Ihres Haushaltsentwurfs ablehnen.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU erteile ich Herrn Dr. Untrieser das Wort.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Verbraucherschutz ist Teil des Einzelplans 10 und ein zentrales Handlungsfeld im Land NRW. Für die NRW-Koalition ist er ein wichtiger Baustein unserer Politik.

In einer Zeit voller Dynamik und Fortschritt, aber auch einer vielfältigen Produktwelt ist die Wahrung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger von zentraler

Bedeutung. Dabei müssen wir stets darauf achten, dass der einzelne Verbraucher durch einen wirksamen und angemessenen Schutz weder bevormundet noch in seinen freien Entscheidungen eingeschränkt wird, sondern dass er in die Lage versetzt wird, abzuwägen und nach seinem freien Willen sowie in Kenntnis möglichst vieler Rahmenbedingungen eigenständig zu entscheiden. Nach diesen Grundsätzen handelt auch die christlich-liberale Koalition Nordrhein-Westfalens.

Der Verbraucherschutz muss in der digitalen Welt ankommen; denn die Verbraucher sind heutzutage digital unterwegs. Wir kaufen, buchen und reservieren im Internet, und selbstverständlich gibt es dort auch Betrüger, schwarze Schafe und Trickser. Verbraucherschutzstandards müssen daher auch bei digitalen Angeboten gelten, und Beratung, Information und Hilfeleistung gilt es auch für den digitalen Geschäftsverkehr zur Verfügung zu stellen. In diesem Haushalt stellen wir dafür die notwendigen Mittel bereit.

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Rechte kennen, um sie dann auch besser durchsetzen zu können. Bei Ausfällen und Verspätungen im Flugverkehr haben Bürgerinnen und Bürger leider noch immer zu häufig das Nachsehen, wie wir in letzter Zeit immer wieder erfahren haben. Seitdem wir unseren Antrag eingereicht haben, bekomme ich zumindest fast wöchentlich Zuschriften, die auf dieses Thema aufmerksam machen.

Dieses Problem gehen wir mit der Fluggastrechte-App an, und Frau Blask, es ist gut, dass Sie sagen, dass Sie bei diesem Vorhaben mitziehen. Den zugehörigen Haushaltsansatz wollen wir durch unseren Änderungsantrag noch um 150.000 Euro erhöhen. Ich bin überzeugt, dass wir mit der Information über Fluggastrechte und deren unkomplizierte Geltendmachung die Position der Verbraucher explizit stärken und auch den Druck auf unkooperative Fluggesellschaften erhöhen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Erhöhung der Förderung der Verbraucherzentrale, die seit 60 Jahren in Nordrhein-Westfalen wertvolle Arbeit leistet. Auch ihr Beratungsangebot muss an die neuen Zeiten angepasst werden. Wir erhöhen deshalb den Haushaltsansatz im Haushaltsentwurf von 14,96 Millionen Euro auf 15,48 Millionen Euro. Das sind im Vergleich zum Vorjahr 500.000 Euro mehr.

Die NRW-Koalition hält somit nicht nur an der Finanzierungsvereinbarung mit der Verbraucherzentrale fest, sondern wir möchten auch ihre wertvolle Arbeit würdigen und ausbauen. Durch den Änderungsantrag von CDU und FDP wollen wir den Ansatz nun um weitere 300.000 Euro erhöhen.

Ganz konkret soll die Verbraucherzentrale NRW in die Lage versetzt werden, mithilfe eines Digitalisierungskonzepts ihre digitale Kommunikation mit Verbraucherinnen und Verbrauchern auszubauen. Dazu gehören in unserer modernen Zeit auch eine Online-Terminvereinbarung und eine Onlineberatung an vielen Standorten in Nordrhein-Westfalen.

Ferner ist es uns ein Anliegen – damit sprechen Sie ein Problem an, Frau Blask –, die Wertschätzung für Lebensmittel zu erhöhen. Leider ist es so, dass in unserem Land immer noch zu viele Lebensmittel gekauft werden, die dann nicht verbraucht werden oder nicht verbraucht werden können und dann im Müll landen. Diese Verschwendung tut weh und ist sowohl ökonomisch wie ökologisch unsinnig. Daran gilt es zu arbeiten.

Wir erleben aber auch Fortschritte in diesem Bereich. In vielen Kindergärten und Schulen – ich selber war in dieser Woche wieder in einer Schule zu Besuch – wird den Kindern durch Ackerbau- und Ernährungsprojekte der nachhaltige Konsum nähergebracht. Das ist ein Ansatzpunkt, den wir nicht nur in diesem Haushalt, sondern auch in Zukunft weiter verfolgen werden.

Zum Schluss: Die Bekämpfung von Tierseuchen wird ebenfalls ein zentraler Aspekt unseres Handelns sein. Im Mittelpunkt steht dabei die Afrikanische Schweinepest. Neben den Nutztieren ist auch der Wildtierbestand gefährdet. Die Ministerin hat bei den Vorkehrungsmaßnahmen zur Seuchenbekämpfung bei Nutz- und Wildtieren, aber auch im Ernstfall beim Tierseuchenmanagement unsere volle Unterstützung.

Die Finanzplanung für die Präventionsarbeit sehen wir derzeit als ausreichend an. Welche Kosten jedoch im Seuchenfall tatsächlich entstehen würden, ist noch nicht absehbar.

Der Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen ist in einer komplizierten modernen Welt vielschichtig, aber wirksam. Wir arbeiten daran, den Verbraucherschutz in unserem Land von Tag zu Tag zu verbessern und stellen die entsprechenden Stellen daher mit den notwendigen Mitteln aus. – Vielen Dank!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Grünen erteile ich dem Abgeordneten Rüße das Wort.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, der Verbraucherschutz ist der Bereich, der zwischen uns allen eher unumstritten ist. Das haben auch die Diskussionen in der Vergangenheit immer wieder gezeigt.

Wir werden die Vorschläge, die von den Koalitionsfraktionen zum Beispiel zur Fluggastrechte-App, zur Digitalisierung oder den Verbraucherzentralen gemacht wurden, daher mittragen. Das haben wir im Ausschuss bereits gesagt. An dieser Stelle haben Sie die Unterstützung meiner Fraktion. Wir finden das gut und richtig.

Eines muss ich aber noch sagen: Wenn es um solche Dinge wie Lebensmittelverschwendung geht, bleibe ich beim Satz meiner Oma: Was nichts kostet, ist auch nichts wert. – So einfach ist das im Leben. Ein T-Shirt für 2,50 Euro landet eben schneller in der Mülltonne als eines für 20 Euro. Wenn ein Stück Butter nur 1,50 Euro kostet, dann ist es auch kein Wunder, wenn ein Drittel der Butter in der Mülltonne landet. Es hat eben keinen Wert.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Jedenfalls ist es mein Ziel, dass die Lebensmittel wieder einen anständigen Wert bekommen und dass die Nebenkosten der Produktion, die zurzeit die Allgemeinheit trägt – wie zum Beispiel Gelsenwasser, die 1 Million Euro im Jahr für den Einsatz von Aktivkohle am Halterner Stausee zahlen –, vielmehr von der Landwirtschaft, die die Pestizide einsetzt, bereitgestellt werden. Das müsste nach Verursacherprinzip gehen.

Da müsste man an anderer Stelle ähnlich vorgehen. Es kann nicht sein, dass die Näherin für das eben erwähnte T-Shirt nur so wenig Geld bekommt. Es kann nicht sein, dass in den Schlachthöfen die Arbeiter aus Osteuropa – keiner von uns will die Arbeit mehr machen – Billiglöhne erhalten. Das kann alles nicht richtig sein. Da muss sich was verändern. Dann bekommen die Lebensmittel auch wieder den Wert, der ihnen eigentlich zusteht. Dann werden sie auch wieder wertgeschätzt und landen deutlich weniger oft in der Mülltonne.

(Beifall von den GRÜNEN)

Verbraucherschutz ist Gesundheitsschutz, und das ist aus meiner Sicht eine starke Umweltverwaltung. Eine starke Umweltverwaltung schützt die Menschen. Ich nenne als aktuelles Beispiel – es war gerade wieder in der Presse –, die Sache mit BP: Was passiert im Kraftwerk mit den Ölpellets, die dort verheizt werden? Ist das alles korrekt genehmigt worden? Diese Fragen sind noch zu beantworten.

Eines steht jedoch fest: Unsere gesamte Umweltverantwortung ächzt. Die Mitarbeiter stöhnen, dass sie auf Kreisebene nicht mehr in der Lage sind, rauszufahren und sich die Dinge vor Ort anzuschauen, sondern im Büro hängenbleiben und nur noch Stellungnahmen schreiben. Das gilt auf allen Ebenen der Umweltverwaltung. Von daher unsere Aufforderung: Stärken Sie die Umweltverwaltung!

Ich will auch noch einmal an Herrn Uhlenberg erinnern, den ich vorhin schon zitiert habe. Herr Uhlenberg hat am Ende seiner Amtszeit deutlich darauf hingewiesen, dass der Abbau in der Umweltverwaltung so nicht weitergehen kann, dass das ein Fehler war und dass die Umweltverwaltung nicht funktioniert.

Die Bezirksregierungen haben noch einmal deutlich angemahnt, dass in jeder Bezirksregierung 200 Mitarbeiter, also in der Summe 1.000 Mitarbeiter in der Umweltverwaltung fehlen. Da sage ich ganz deutlich: Statt 60 Stellen in der Staatskanzlei wären 60 Stellen in der Umweltverwaltung vielleicht ein guter erster Schritt gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will noch kurz auf einen Bereich eingehen, der uns als Fraktion besonders wichtig ist, nämlich den Gesamtbereich Tierschutz. Der gehört auch zu Ihrem Ministerium. Ich bin der Meinung, dass wir in den letzten Monaten hier in Nordrhein-Westfalen erhebliche Rückschritte – das kreide ich Ihnen gar nicht an; Sie konnten es sicherlich nicht mehr aufhalten – im Tierschutz erlebt haben. Das Jagdgesetz ist letztlich nicht so ausgestaltet, dass es zur Versöhnung von Naturschutz, Tierschutz und Jagd führen könnte. Ich halte es für einen Fehler. Das ist auch in der Anhörung von einigen Teilnehmern sehr deutlich benannt worden.

Bei dem Thema, das jetzt noch in der Schwebe ist – nämlich der Frage, wie es mit dem Verbandsklagerecht weitergeht –, kann ich aus meiner Sicht nur dazu auffordern, das Gesetz mindestens um ein Jahr zu verlängern und zu evaluieren und den Prozess in Ruhe gemeinsam zu gestalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben die Stellungnahme des Deutschen Naturschutzrings vorliegen, die Stellungnahme eines deutschlandweiten Bündnisses. Was Sie als Koalition durchsetzen wollen, wird deutschlandweit als Entdemokratisierung wahrgenommen,

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist es! – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

als Beschneiden von demokratischen Mitwirkungsrechten. Das können Sie als Ministerin nicht wollen, Frau Heinen-Esser!

Im Bereich Tierschutz haben Sie die Große Anfrage beantwortet.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Ich will Sie ausdrücklich für den Satz loben, den Sie eingebaut haben, in dem Sie nämlich zugeben, dass es Defizite gibt, die Sie auch klar benannt haben. Es war für uns neu, dass das seit 2017 aus diesem Ministerium kommt. Wir werden die Ergebnisse der

Großen Anfrage an anderer Stelle noch einmal intensiver diskutieren.

Sie müssen noch eine Menge Schub entwickeln, wenn Sie all das, was bislang nicht funktioniert hat, noch in die richtige Richtung lenken wollen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Sie sind dazu berufen, die Schutz-Ministerin hier in Nordrhein-Westfalen zu sein. Davon kann ich noch viel zu wenig erkennen. Machen Sie sich auf den Weg, sonst machen wir es wieder!

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Kommen Sie bitte zum Schluss!

Norwich Rüße (GRÜNE): Das war's.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rüße. Auch nach der von Ihnen vorhin vorgetragene vermeintlichen Regelung wäre die Redezeit überdeutlich in Anspruch genommen worden. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Kollege Haupt das Wort, bitte sehr.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dieselskandal in der Automobilindustrie, das immer größer werdende Flugchaos an den Flughäfen, die moderne Form des digitalen Einkaufs mit ihren großen Chancen, aber auch ihren Risiken und immer komplexere Preismodelle insbesondere im Mobilitäts- und Energiebereich zeigen, dass der Verbraucherschutz und insbesondere die Verbraucherzentralen auch 60 Jahre nach ihrer Gründung wichtiger denn je sind.

Wir als NRW-Koalition stärken daher den Verbraucherschutz mit diesem Haushalt massiv und machen ihn fit für die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung. Mit digitalen Instrumenten wollen wir den Verbraucherschutz viel mehr Menschen als bisher überhaupt erst einmal zugänglich machen. Wir wollen die jüngeren Verbraucher ebenso erreichen, ihre Finanzkompetenz verbessern und sie zum Beispiel über Handyverträge aufklären, wie wir die älteren Verbraucher über Altersvorsorgeprodukte informieren wollen.

Die Digitalisierung und die digitale Welt betrachten wir als große Chance, unser Land besser zu machen. Aber natürlich kommen mit der Digitalisierung auch Herausforderungen auf uns alle als Verbraucher zu. Die zunehmende Digitalisierung in Verbindung mit der Erfassung zahlreicher Daten wirft in Zeiten von Alexa, Siri und Co. auch Fragen auf. Es ist

für die Menschen kaum mehr nachvollziehbar, wer ihre Daten bekommt und was mit ihnen geschieht.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Auch Produkte und Dienstleistungen werden immer komplexer, was zu einem gesteigerten Informations- und Beratungsbedarf führt. Es bedarf daher der Aufklärung, wie man sich in der neuen Welt als Verbraucher verhält. Wir haben daher den Haushaltsansatz um 500.000 Euro erhöht, um die Verbraucherzentralen für ihre wichtige und unverzichtbare Aufgabe zu befähigen, den Verbraucher in allen Bereichen und auch zu den digitalen Themen ausführlich und kompetent zu beraten.

Die Verbraucherzentralen bekommen zudem 300.000 Euro zusätzlich an Mitteln zur Erarbeitung eines Digitalkonzeptes, damit sie sich wirksam digital neu aufstellen können. So ermöglichen wir, dass sich die Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen auf den Weg zur Verbraucherberatung 4.0 machen kann.

Beratungstermine können dann unkompliziert und schnell vergeben werden, und die Beratungen können dann einfacher, effizienter, ortsungebunden und für den Ratsuchenden bequemer stattfinden. Damit investiert die NRW-Koalition in einen auf die Zukunft ausgerichteten und verantwortungsvollen Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen.

Einen ersten Schritt auf diesem Weg gehen wir bereits mit der Einführung der erwähnten Fluggastrechte-App. Das ist nur ein erstes Beispiel für eine neue, moderne und unkomplizierte Verbraucherschutzpolitik, der sich die NRW-Koalition verschrieben hat.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben über die Fälle von Flugausfällen hinaus ein Anrecht darauf, ihre rechtlichen Ansprüche mit möglichst wenig Verlust von Zeit und Geld durchzusetzen.

Wir setzen nicht auf symbolische Projekte, sondern auf die Schaffung von Rahmenbedingungen und Instrumenten sowie auf die Information und die Schulung von Verbrauchern, um die besten Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen selbstbewusst und aufgeklärt konsumieren können.

Ein wesentlicher Bestandteil auf dem Weg zu einem selbstbewussten und kompetenten Verbraucher ist die Einführung des Schulfaches Wirtschaft in allen weiterführenden Schulen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Hier werden den Schülerinnen und Schülern wichtige Verbraucherinstrumente an die Hand gegeben.

Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger nicht bevormunden, sondern sie durch unsere Politik in einer selbstbestimmten Lebensweise unterstützen und den Unternehmen ein Umfeld schaffen, in dem ein fairer Kundenumgang kein Wettbewerbsnachteil ist.

Die Kunst eines zeitgemäßen Verbraucherschutzes besteht darin, sich den neuen Herausforderungen für den Verbraucher durch die neue Einkaufs- und Vertriebswelt mit modernen Instrumenten zu stellen, ohne die alten Herausforderungen zu vernachlässigen. So bedarf es auch in modernen Zeiten weiterhin einer Aufklärung der Verbraucher im Ernährungsbereich, einer effektiven Lebensmittelüberwachung und neben digitalen Angeboten einer persönlichen Vor-Ort-Beratung. Das Neue zu nutzen, ohne Bewährtes über Bord zu werfen – darauf kommt es an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident würde jetzt von einem „Haushaltsansatz mit Maß und Mitte“ sprechen. Ich möchte das noch ergänzen: Das ist ein Haushaltsansatz mit Maß und Mitte und großer Vernunft. – Danke!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Haupt. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Dr. Blex das Wort.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Rüsse, wenn sich eine Öko-NGO über mangelnde Demokratie beklagt, dann birgt das schon eine gewisse Ironie.

Kommen wir zur Laschet-Regierung: Dieser angeblich so bürgerlichen Landesregierung haben die Bürger in NRW es zu verdanken, dass uns allen jetzt tatsächlich Dieselfahrverbote drohen, und zwar in Köln, Bonn, Gelsenkirchen und Essen. Dabei war es doch Umweltministerin Frau Heinen-Esser, die in ihrer Antrittsrede sagte, Dieselfahrverbote seien die allergrößte Herausforderung; die Politik stünde in der Pflicht, denn immerhin habe die Politik die Verbraucher ja erst zum Kauf eines sogenannten klimafreundlichen Diesels ermutigt.

Das stimmt, Frau Heinen-Esser. Das hat die Politik, und zwar die Politik aller hier versammelten Altparteien. Sie, Frau Heinen-Esser – Herr Laschet ist schon längst nach Hause gegangen –, Sie, Sie und Sie von den anderen Fraktionen, Sie alle sind unfähig, Dieselfahrverbote zu verhindern. Sie alle sind unfähig, zu verhindern, dass Zigtausenden Händlern und Pendlern und normalen Autofahrern mitten auf der A40 der Motor abgewürgt wird. Das ist ein politisches Komplettversagen ohne Beispiel. Seien Sie alle – auch die SPD und die Grünen – froh, dass der deutsche Michel so duldsam ist. In Frankreich hätten

die Bürger Ihnen schon längst die Hölle heiß gemacht.

Zur ökoplanwirtschaftlichen Luftreinhalteplanung bekräftige ich hier erneut, dass die Emissionsgrenzwerte toxikologisch nicht begründet sind. Erst gestern bescheinigte der Lungenfacharzt Professor Dr. Dieter Köhler auf „WELT online“, dass es keine medizinischen Gründe für die Fahrverbote gibt. Professor Dr. Köhler war übrigens Präsident der Deutschen Gesellschaft für Lungenheilkunde.

(Zurufe von der SPD)

Zu den Zwischenrufen von der SPD: Wer oder was sind Sie denn?

Ich komme zu einem anderen Thema. Die kostspielige Klimaberichterstattung des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz bringt keine Ergebnisse.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

– Nein, das ist kein Unsinn. Lesen Sie sich das mal durch und gehen Sie mit ein bisschen mathematischer Intelligenz heran! Ich kann Ihnen das gut erklären, Herr Dr. Nolten. Wir können gerne mal über Statistik und Fehlerabweichungen reden. Als promovierter Mathematiker kann ich Ihnen da einiges beibringen.

Herr Dr. Nolten, ich habe Ihnen vor einem Jahr zu der Diskussion über Starkregen aufgrund der langen LANUV-Reihen aufgezeigt, dass solche Ergebnisse seit 1951 keinen klaren Trend zeigen. Zeigen Sie mir mal – gehen Sie mal zu einem Mathematiker! – einen klaren Trend! Ansonsten sollen Sie nicht so einen Unsinn reinrufen.

Denn siehe da – die statistischen und meteorologischen Erkenntnisse laufen im Ergebnis darauf hinaus, dass Unwetter und Extremwetter sich nicht an die Vorgaben des pseudowissenschaftlichen Weltklimarates halten. Unwetter und Extremwetter lassen sich auch nicht durch einen Ausstieg aus der Kohle verbannen. Vielmehr sind die Trends und deren Ursachen überhaupt nicht klar erkennbar. Statt das Geld des deutschen Michel zu einem vermeintlichen Schutz in geeignete Anpassungsmaßnahmen im Sinne eines adaptiven Bevölkerungsschutzes zu investieren, wird es von Ihnen immer noch aus dem Fenster geworfen.

Unserem Gesetzentwurf zur Abschaffung der ideologischen, vernunftfernen und antiwissenschaftlichen Klimapolitik haben Sie nicht zugestimmt – und das, obwohl Sie selbst das rot-grüne Gesetz noch mit größter Pseudovehemenz abgelehnt hatten, als Sie noch auf der Oppositionsbank saßen. – Aber zum Glück haben die Wähler jetzt endlich eine Alternative. Ihre Zeit im Parlament für Ihre Dafür-dagegen-Spielchen läuft nämlich ab.

Obwohl Sie wissen, wie schädlich die aktuelle Rechtsgrundlage für Tiere und Wirtschaft ist, vermeiden Sie eine Abstimmung zum Thema „Verbandsklagerecht“. Stattdessen machen Sie den Grünen weiterhin schöne Augen. Meine Damen und Herren, Ihrem Haushaltsplan können wir so nicht zustimmen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Blex. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Heinen-Esser das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann es einfach nicht mehr hören,

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

dieses ständige Rumnölen an Grenzwerten, Gesundheitsschutz, Umweltschutz usw. Solche Sprüche wie „Geregnet hat es schon immer“ und „Warm war es auch schon immer“, die Sie uns immer erzählen, sind kompletter Blödsinn.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Wenn wir Ihnen folgen würden – das habe ich Ihnen schon mal gesagt –, hätten wir immer noch einen grauen Himmel über der Ruhr, und zwar nicht wegen des Wetters, sondern wegen der schlechten Werte.

(Zurufe von der AfD)

Wenn wir Ihnen folgen würden, wären die Flüsse immer noch schmutzig und nicht sauber. Das ist Ihre Philosophie. Sie sind total unehrlich den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber. Wenn Sie vernünftige Politik machen würden, würden Sie sich mal mit diesen Sachen auseinandersetzen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wissen Sie, was das Beste ist? – Das Beste ist, dass Sie Landtagsabgeordnete sind und nicht mehr unsere Schülerinnen und Schüler unterrichten.

(Lebhafter Beifall von der CDU, der SPD und der FDP – Zuruf: Pfui!)

Meine Damen und Herren, zum Thema „Verbraucherpolitik“: Wir haben in dieser Woche „60 Jahre Verbraucherzentrale NRW“ gefeiert. Es war eine tolle Veranstaltung, bei der ich im Übrigen die Kollegen, die ganz rechts von mir sitzen, vermisst habe.

(Michael Hübner [SPD]: Ich glaube nicht, dass Sie die vermisst haben! – Christian Dahm [SPD]: Wir nicht!)

Es war, wie gesagt, eine tolle Veranstaltung, die sich mit den Themen beschäftigt hat, die ganz besonders wichtig sind, auch mit der Digitalisierung. Eines war

immer klar – und da bin ich meinem Vorvorgänger Eckhard Uhlenberg sehr dankbar, der die Finanzierung der Verbraucherzentralen auf eine neue Grundlage gestellt hat –: Während in anderen Bundesländern die Verbraucherzentralen Jahr für Jahr neu verhandeln müssen, ob sie ihr Geld bekommen und die Ansätze wahren können, haben wir in Nordrhein-Westfalen seit Eckhard Uhlenbergs Zeiten – das ist auch so geblieben – eine konstante Finanzierung der Verbraucherarbeit über einen mehrjährigen Zeitraum. Das kommt den Menschen hier in Nordrhein-Westfalen sehr stark zugute.

Ich bin dankbar, dass wir jetzt den Haushaltsansatz für die Verbraucherzentralen um 500.000 Euro erhöhen konnten. Somit kann die segensreiche Arbeit der Verbraucherzentralen weitergeführt werden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ein weiteres Thema sind die Dieselfahrverbote, die in der Tat auch ein verbraucherpolitisches Thema sind. Natürlich werden wir die Grenzwerte einhalten. Das ist bei den meisten in diesem Haus komplett unstrittig. Wir müssen uns aber den verbraucherpolitischen Aspekt ganz genau anschauen.

Bis vor wenigen Jahren haben viele Menschen im Vertrauen auf die Dieseltechnologie diese Pkws gekauft. Heute gibt es beispielsweise in Köln über 200.000 Diesel-Pkw-Besitzer, die in die Stadt einfahren bzw. dort wohnen. Es ist überhaupt nicht möglich, diese Menschen von heute auf morgen in den öffentlichen Personennahverkehr zu bekommen.

Trotzdem ein Dankeschön an meinen Verkehrsministerkollegen, der die Mittel für den ÖPNV deutlich erhöht hat, sodass wir in der Zukunft eine deutliche Wende erreichen werden.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich sage es noch einmal: Wir werden hier in Nordrhein-Westfalen alles daransetzen, Dieselfahrverbote zu vermeiden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zu diesem Zweck werden wir die Luftreinhaltepläne sehr ambitioniert fortschreiben, um die Werte zu erreichen. Außerdem werden wir natürlich in die Berufungsverfahren gehen. Das können wir gar nicht anders machen; das ist ein wichtiges Element. Ich setze da auch auf die Unterstützung hier im Haus.

Ein kleiner Hinweis an die Kollegen von der SPD: Ich fand Ihre Aktion heute Morgen witzig, mit den Autos durch die Stadt zu fahren. Aber – ich sage das augenzwinkernd – ich finde es nicht witzig, wenn Sie mit Dieselnutzfahrzeugen durch die Stadt fahren, weil wir gerade in Düsseldorf bemüht sind, die Werte tatsächlich einzuhalten. Ich weiß, den Scooter haben Sie nicht bekommen, deshalb wurden es dann die Dieselfahrzeuge.

Noch etwas: Natürlich setzen wir uns in diesem Haus für die Hardwarenachrüstung ein. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Aber Sie haben eine Umweltministerin in Berlin, die wesentlich näher am Hebel sitzt als ich hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Sagen Sie das mal Herrn Scheuerl!)

Diese Frage muss in Berlin gelöst werden. Wir in NRW setzen uns dafür ein. Wir haben das im Bundesrat unterstützt und werden weiter hart daran arbeiten. In diesem Sinne: Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir sind am Schluss der Aussprache auch zum Teilbereich b) des Einzelplan 10 und können somit zur Abstimmung über den Einzelplan 10 in seiner Gesamtheit kommen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/4410, den Einzelplan 10 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen.

Ich lasse somit über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Zeichen der Zustimmung. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Einzelplan 10 in der zweiten Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses mit den Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zum

Einzelplan 01 Landtag

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 17/4401. Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Einzelplan ist eine Aussprache nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung kommen können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/4401, den Einzelplan 01 unverändert anzunehmen. Somit lasse ich nun über den Einzelplan 01 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung abstimmen. Ich darf fragen, wer dem Einzelplan 01 seine Zustimmung geben möchte. –

Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Weder Enthaltungen noch Gegenstimmen. Dann ist der **Einzelplan 01 in zweiter Lesung** einstimmig **angenommen** worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zum

Einzelplan 13 Landesrechnungshof

Ich weise hier auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 17/4413 hin. Zu diesem Einzelplan ist eine Aussprache nicht vorgesehen, sodass wir direkt zur Abstimmung über den Einzelplan 13 kommen können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/4413, den Einzelplan unverändert anzunehmen, sodass ich jetzt über den Einzelplan 13 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung abstimmen lasse. Wer dem Einzelplan 13 zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der **Einzelplan 13** ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen **in zweiter Lesung** einstimmig **angenommen** worden.

Wir kommen nun zur Beratung und Abstimmung über den

Einzelplan 16 Verfassungsgerichtshof

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 17/4416 hin. Eine Aussprache ist auch zu diesem Einzelplan nicht vorgesehen, sodass wir nun zur Abstimmung über den Einzelplan 16 kommen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/4416, den Einzelplan 16 unverändert anzunehmen, sodass wir jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 16 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung kommen.

Ich darf fragen, wer dem Einzelplan 16 in der zweiten Lesung zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Der guten Ordnung halber: Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist der **Einzelplan 16 in zweiter Lesung** einstimmig **angenommen** worden.